

----- Original Message -----

From: [Werner Fischer](#)

To: [Gerald Häfner](#)

Sent: Monday, March 05, 2007 7:32 PM

Subject: Re: bürgernahe Demokratie

Lieber Herr Häfner,

vielen Dank für Ihre schnelle Antwort und die Information zu Ihren bisherigen Gesetzesinitiativen - das war mir so bisher nicht bekannt.

Zu den zwei kritisierten Punkten will ich Ihnen gerne meine Argumente vortragen, die mich dazu veranlaßt haben.

1. Petitionen sind eine (sehr "stumpfe") Vorstufe von Volksinitiativen. Derzeit gehen jährlich ca. 20.000 Petitionen beim Bundestag ein, auch die Zahl der öffentlichen Petitionen ist relativ hoch. Volksinitiativen sollten deshalb auf jene beschränkt werden, die die Aussicht haben, die Zahl der nötigen Unterstützer-Unterschriften tatsächlich zu erreichen. Die Gefahr ist sonst groß, dass Interessengruppen dieses Instrument lediglich zur "Werbung" für ihr Anliegen nutzen - wie das bei Petitionen leider teilweise der Fall ist. Das würde das Instrument der Volksinitiative nachhaltig schädigen. 1.000 EUR Gebühr, die im Erfolgsfall wieder erstattet werden, halte ich bei einem ernsthaften Anliegen für keine zu hohe Hürde. Wären Volksinitiativen bereits jetzt möglich, wäre ich gern bereit, diese Gebühr für meinen Vorschlag zu zahlen.

2. Ich bin selbst in einer Verwaltung tätig, deshalb kann ich die verfahrenstechnischen Vorgänge relativ gut einschätzen und auftretende Probleme nachvollziehen. Deshalb komme ich auch nicht auf den Gedanken, die Amtseintragung als Schikane zu sehen - ich halte sie für die beste Lösung. Da ich die "freie Sammlung" (Unterstützungs-Unterschriften für die Wahlzulassung) aus praktischer Sicht sehr genau kenne, habe ich mich ganz bewußt für die Eintragung bei Meldeämtern entschieden. Niemand soll und kann am Infostand die Identität des Gesprächspartners überprüfen, geschweige denn seine Wahlberechtigung. Es gibt aber Menschen, die kennen tatsächlich ihre (melderechtliche) Wohnung nicht, die schreiben unleserlich oder verwenden absichtlich einen falschen Namen - all das habe ich schon selbst erlebt. Es sind zwar nur Ausnahmen, aber diese Probleme müssen gelöst werden! Bei einer Amtseintragung wird alles überprüft und die Initiatoren haben keinen Aufwand damit.

Auch der von Ihnen angesprochene Mehraufwand der Meldeämter ist nicht vorhanden, denn die Unterschriften bei einer freien Sammlung müssten ja auch von diesen kontrolliert werden - nur sieht das dann kaum einer. Wir sollten die Gräben zwischen Staat und Bürger zuschütten und nicht noch tiefer ausheben! Denken Sie bitte auch an die Entlastung der Initiatoren - bei einer freien Sammlung müssten diese die gesammelten Unterschriften zunächst an die Meldeämter zur Kontrolle einreichen - ich kenne den damit verbundenen Aufwand seit der EU-Wahl 2003 - und es gibt sehr viele Meldeämter in Deutschland... Es reicht, diesen Aufwand einmalig bei der Volksinitiative zu betreiben.

Da ich auch für eine Briefwahlmöglichkeit plädiere, sollte die Amtseintragung auch für Mehr Demokratie akzeptabel sein - in Hamburg hat es schließlich auch geklappt!

Viele Grüße

Werner Fischer

----- Original Message -----

From: [Gerald Häfner](#)

To: [Werner Fischer](#)

Sent: Monday, March 05, 2007 12:12 AM

Subject: Re: bürgernahe Demokratie

Lieber Werner Fischer,

Vielen Dank für die Übersendung Ihrer Petition, die ich selbstverständlich unterstütze!
Ihrem Wunsch entsprechend will ich kurz Ihre Frage nach meinem Urteil zu Ihrer Petition und den Beigefügten Materialien (einschließlich Gesetzentwurf) beantworten:

Ich finde Ihre Petition in Inhalt und Form sehr gelungen. Dies gilt sehr weitgehend auch für den beigefügten Gesetzentwurf.

Lediglich im Detail sehe ich das eine oder andere anders. Um nur 2 Beispiele hierfür anzudeuten: Ich halte die Erhebung einer Gebühr für Volksinitiativen für falsch und unnötig.

Und ich kann Ihr Lob der Amtseintragung nicht teilen. Wer schon wiederholt Volksentscheide betrieben und hierfür Unterschriften gesammelt hat, wird sich an die Situation erinnern: Sie haben mit einem Bürger ein langes Gespräch geführt. Er hat sich zusätzlich die Sache durchgelesen und jetzt sagt er: "Das möchte ich unterstützen. Wo kann ich unterschreiben?". Er möchte, natürlich, an Ort und Stelle unterschreiben. Nun müssen Sie aber antworten: "Also, da müssen Sie auf Rathaus gehen...". Eigentlich niemand sieht ein, wieso er für so eine Unterschrift aufs Amt gehen soll. Es ist Schikane. Und es gibt, da die Unterschriften sowieso geprüft werden, keinerlei Notwendigkeit. Es bindet Personal, kostet Zeit und Geld - und hält zahlreiche Bürger von der Unterschrift ab.

Fazit: parallel zur Amtseintragung, die natürlich möglich sein muß, sollte es immer auch die Möglichkeit zu freier Unterschriftensammlung geben.

Soviel nur als Anregung bzw. Feed-back.

Viele Grüße,
Gerald Häfner

P.S.: Ich habe nicht nur einmal an einem ähnlichen Entwurf mitgewirkt, sondern - neben vielen Regelungen für Bundesländer - die Bundestags-Anträge bzw -Gesetzentwürfe in der 11., 12. (teilweise), 13. und 14. Legislaturperiode entworfen. In der 15. wurde mein Entwurf aus der 14. WP unverändert wieder eingebracht. Auch in dieser WP ist er Grundlage zumindest der Diskussion bei SPD und Grünen.

Werner Fischer schrieb:

Lieber Gerald Häfner,

gestern teilte man mir mit, dass eine öffentliche Petition zu diesem Thema nicht (mehr) möglich sei. Begründung: Es liegt bereits eine inhaltsgleiche Petition vor. Ich vermute, es handelt sich um die Petition von Herrn Björn Fay vom 3. 11. 2005. Mein Vorschlag soll in diesem Rahmen lediglich mitberücksichtigt werden. Seltsam finde ich auch, dass die ursprüngliche Einreichung vom 1. 1. 2007 nicht angekommen ist; eine Antwort habe ich erst auf meine Nachfrage vom 14. 2. 2007 erhalten.

Beigefügt erhalten Sie nochmals die E-Mail, mit der ich beim Petitionsausschuss des Bundestags eine öffentliche Petition für bundesweite Volksinitiativen und Volksentscheide eingereicht habe. Sie sind engagierter "Kämpfer" für direkte Demokratie und haben selbst bereits an einem ähnlichen Gesetzentwurf maßgeblich mitgewirkt. Daher meine Frage:

Wie beurteilen Sie meine Petition und haben Sie dazu weitere Anregungen?

Für Auskünfte und Fragen stehe ich Ihnen jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Werner Fischer, Sprecher Bundesvorstand
U N A B H Ä N G I G E ...für bürgernahe Demokratie
werner.fischer@unabhaengige-kandidaten.de
www.unabhaengige-kandidaten.de
Tel: 0 83 41 - 96 63 242
Fax: 0 12 12 - 555 097 348